

Regionen .		Beanspruchung in Mio. Fr.
Nr.	Name	
214	Valli di Lugano	— *
221	Pays d'Enhaut	0,8
222	Nord Vaudois	— *
223	Vallée de Joux	— *
231	Goms	5,5
232	Brig/Östlich Raron	7,0
233	Visp/Westlich Raron	12,8
234	Leuk	7,6
235	Sierre	4,0
236	Sion	3,4
237	Martigny	3,8
238	Chablais valaisan et vaudois	2,9
241	Centre Jura	0,7
242	Val-de-Travers	0,1
261	Jura	7,5
Total		232,0

* Entwicklungskonzept noch nicht genehmigt.

PräsidentIn: Herr Biderbost erklärt im Namen der Bautengruppe, diese sei teilweise befriedigt.

81.488

Interpellation Bäumlin

Energiepolitik.

Verzicht auf neue Kernkraftwerke

Politique énergétique.

Renonciation à de nouvelles centrales nucléaires

Wortlaut der Interpellation vom 30. September 1981

Der Unterzeichnete fragt den Bundesrat an, ob er nicht der Auffassung ist,

1. dass das Projekt eines Kernkraftwerkes in Kaiseraugst endgültig preisgegeben ist, u. a. auch wegen des Widerstandes in der Bevölkerung der betroffenen Region, der gemäss einer Meinungsumfrage innerhalb der schweizerischen Bevölkerung mehr und mehr Verständnis und Unterstützung findet?
2. dass mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst zugleich das Projekt eines Kernkraftwerkes in Graben definitiv aufzugeben ist, u. a. schon deswegen, weil ein Entscheid zugunsten von Graben anstelle von Kaiseraugst im Sinne des Weges des vermuteten geringsten Widerstands die Glaubwürdigkeit des Bundesrates und unserer demokratischen Institutionen schwer belasten würde?
3. dass die Bedarfsfrage, die richtigerweise nicht als Frage vorgegebener und angeblich «objektiver» Sachzwänge, sondern als Frage der verantwortlichen energie- und gesellschaftspolitischen Wahl zu verstehen ist, in Wiedererwägung zu stellen?
4. dass die vorliegende Botschaft und die Anträge des Bundesrates für einen neuen Energieartikel der schweizerischen Bundesverfassung kurzfristig zu ergänzen sind, und zwar in der Absicht, dem Bund ein wirksames Instrumentarium für eine Energiepolitik ohne neue Kernkraftwerke zur Verfügung zu stellen?
5. dass ein wesentlicher Teil der Bundesbeiträge für die Kernenergieforschung so rasch wie möglich zur Förderung einer möglichst dezentralisierten und diversifizierten Energieversorgung ohne neue Kernkraftwerke umzuleiten ist?

Texte de l'interpellation du 30 septembre 1981

Le soussigné demande au Conseil fédéral s'il n'est pas de l'avis

1. Que le projet de centrale nucléaire de Kaiseraugst doit être définitivement abandonné, à cause notamment de l'opposition manifestée par la population de la région intéressée; à en croire les résultats d'un sondage d'opinion effectué auprès de la population suisse, les habitants de cette région peuvent compter de plus en plus sur la compréhension et l'appui des citoyens de notre pays?

2. Qu'à l'instar du projet de Kaiseraugst, le projet de la centrale nucléaire de Graben doit lui aussi être définitivement abandonné, ne serait-ce que parce qu'une décision positive en faveur de Graben, en lieu et place de Kaiseraugst, ébranlerait fortement la confiance que la population place dans le Conseil fédéral et nos institutions démocratiques, puisque cette décision équivaldrait à choisir la solution la moins combattue?

3. Qu'il y a lieu de reconsidérer le problème du besoin, lequel ne doit pas être compris comme une question de contraintes soi-disant objectives mais bien plus comme une question de choix conscient et responsable d'une politique énergétique et d'une forme de société?

4. Que le message et les propositions du Conseil fédéral pour un nouvel article constitutionnel sur l'énergie devraient être complétés à brève échéance, afin de fournir à la Confédération un instrument efficace pour mener une politique énergétique sans nouvelles centrales nucléaires?

5. Qu'une grande partie des subventions fédérales en faveur de la recherche en matière d'énergie nucléaire devrait être utilisée sans délai à promouvoir un approvisionnement en énergie sans nouvelles centrales nucléaires, aussi décentralisé et diversifié que possible?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Braunschweig, Bundi, Deneys, Duvoisin, Eggenberg-Thun, Gerwig, Günter, Hubacher, Jaggi, Lang, Leuenberger, Loetscher, Mauch, Meier Werner, Morel, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Reimann, Renschler, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Vannay (29)

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses zur Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst am 21. Dezember 1981 verabschiedet. In dieser Botschaft werden die Fragen 1 bis 4 der Interpellation eingehend beantwortet. Auf die Frage 5 betreffend die Energieforschungspolitik des Bundes gibt die Botschaft über Grundsatzfragen der Energiepolitik (Energieartikel in der Bundesverfassung) vom 25. März 1981 Antwort.

Aufgrund des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1978 zum Atomgesetz ist die Rahmenbewilligung für Projekte, die über eine Standortbewilligung verfügen (dazu gehören die Projekte Kaiseraugst und Graben), zu erteilen, sofern an der Energie, die in der Anlage erzeugt werden soll, im Inland voraussichtlich ein hinreichender Bedarf bestehen wird.

1. Verzicht auf das Projekt Kaiseraugst. Da das Gesuch um Erteilung der Rahmenbewilligung für das am weitesten fortgeschrittene Projekt Kaiseraugst zuerst eingereicht wurde, hat sich der Bundesrat damit auch zuerst auseinandergesetzt. In seiner Botschaft «Kaiseraugst» vom 21. Dezember 1981 legt er dar, dass alle Voraussetzungen des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 zur Erteilung der Rahmenbewilligung für dieses Projekt erfüllt sind. Deshalb beantragt er dem Parlament, seinen Entscheid vom 28. Oktober 1981 über die Erteilung der Rahmenbewilligung an die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) für ein Kernkraftwerk in Kaiseraugst zu genehmigen.

Der Bundesrat hat den Besorgnissen der Bevölkerung in der Standortregion, der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt und dem Postulat des Ständerates Rechnung getragen. Alle Möglichkeiten eines Verzichtes der KWK auf ihr Bauvorhaben wurden abgeklärt. Eine solche Lösung kam nicht zustande. Der Bundesrat trifft aber, im Wissen

um die Besorgnis in der Standortregion, alle gebotenen Vorkehrungen zur Gewährleistung der Sicherheit des projektierten Werkes und zum Schutz der Bevölkerung. Das gilt auch für die künftigen Bewilligungsverfahren. Die Bundesversammlung erhält die Gelegenheit, zum Entscheid des Bundesrates abschliessend Stellung zu beziehen. Auch dieses Verfahren nach dem Bundesbeschluss zum Atomgesetz von 1978 entspricht einem breiten Demokratieverständnis.

2. Verzicht auf das Projekt Graben. Der Bundesrat bejahte am 28. Oktober 1981 den Bedarf für ein weiteres grosses Kernkraftwerk nach Leibstadt in den neunziger Jahren. Darüber hinaus kann heute der Bedarf für weitere Kernkraftwerke und damit insbesondere für das Projekt Graben nicht beurteilt werden.

3. Bedarf. Die Botschaft «Kaiseraugst» setzt sich eingehend mit der Bedarfsfrage für weitere Kernkraftwerke auseinander. Die Grundlage dazu bildet der Bericht der Eidgenössischen Energiekommission (EEK) über den Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke (Februar 1981). Dieser Bericht zeigt, dass der Bedarf für eine weitere grosse Stromerzeugungsanlage bis zur Jahrhundertwende nur verneint werden kann, wenn man wenig wahrscheinliche Annahmen über die Einführung und die Wirksamkeit von energiepolitischen Massnahmen unterstellt. Ein Entscheid, der von derartigen Annahmen ausgeht, würde zu bedeutenden Risiken für die Versorgungssicherheit führen. Die Gegebenheiten zur Beurteilung der Bedarfsfrage haben sich seit Abschluss der erwähnten Untersuchungen nicht verändert. Der Bundesrat beabsichtigt deshalb nicht, die Bedarfsfrage in Wiedererwägung zu ziehen.

4. Botschaft des Bundesrates über Grundsatzfragen der Energiepolitik vom 25. März 1981. In der Botschaft über Grundsatzfragen der Energiepolitik legte der Bundesrat den Stellenwert der Kernenergie in unserer Energiepolitik fest: «Zur Sicherung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung ist eine rationellere Energieverwendung und die vermehrte Nutzung der einheimischen, erneuerbaren Energieträger erforderlich. Daneben ist eine massvolle Erhöhung der Anteile der Kernenergie, der Kohle und des Erdgases im Sinne einer Diversifikation unserer Versorgung zu befürworten. Dies ist insbesondere auch notwendig, um das Risiko von Versorgungsengpässen zu vermindern, bis eine Reihe neuer Technologien einen grösseren technischen und wirtschaftlichen Reifegrad erreicht haben.»

Der Bundesrat sieht keine Gründe für eine kurzfristige Ergänzung der Botschaft über Grundsatzfragen der Energiepolitik (Energieartikel in der Bundesverfassung) vom 25. März 1981, um dem Bund ein Instrumentarium für eine Energiepolitik ohne neue Kernkraftwerke zu Verfügung zu stellen.

5. Umlagerung der Energieforschung. Gestützt auf eine Empfehlung des Schweizerischen Wissenschaftsrates hat sich der Bundesrat bereits in der Botschaft über Grundsatzfragen der Energiepolitik vom 25. März 1981 gegen einen Abbau vorhandener Forschungskapazitäten durch Umlagerung von Mitteln ausgesprochen. Er ist der Ansicht, dass die Anstrengungen in den bisherigen Bereichen weiterzuführen sind; in den Bereichen der baulichen Energiesparmassnahmen sowie anderer Techniken der rationellen Energieverwendung, der Sonnenenergie, der Energiespeicherung, der Bioenergie und der Erdwärme sowie der Prospektion einheimischer Energierohstoffe sind die Aufwendungen zu verstärken.

Präsidentin: Herr Bäumlín erklärt sich als von der Antwort nicht befriedigt.

81.544

Interpellation Biderbost Bedürftige. Fahrvergünstigung Indigents. Facilités ferroviaires

Wortlaut der Interpellation vom 30. November 1981

Schon seit einem Jahrhundert, also seit dem Jahre 1881, wurden gemäss einem vom Bundesrat genehmigten Reglement von den Bahnen Billette zum halben Fahrpreis für Bedürftige abgegeben. Bestimmte Ausgabestellen, wie zum Beispiel Jugendämter oder Pro Infirmis, wurden ermächtigt, für gewisse Reisezwecke solche Ausweise für einzelne Fahrten auszustellen. Meistens handelt es sich um Arztbesuche oder ähnliches.

Durch Brief vom 28. September 1981 wurden nun die Ausgabestellen durch den kommerziellen Dienst der Bundesbahnen davon in Kenntnis gesetzt, dass diese Vergünstigungen ab kommenden 1. März 1982 aufgehoben würden. Begründet wird die Massnahme mit der schlechten Finanzlage der Bahnen.

Es ist dies eine merkwürdige Art, die Hundertjahrfeier dieser sozialen Institution zu begehen, und ich möchte deshalb dem Bundesrat folgende Fragen stellen:

1. Welche Fahrvergünstigungen sozialen und anderen Charakters werden von den Bahnen gewährt?
2. Kann man die «Verluste» der Bahnen durch Fahrvergünstigungen beziffern, und welchen Anteil daran haben die genannten Vergünstigungen für Bedürftige?
3. Sind dem Bundesrat Missbräuche der Fahrvergünstigungen für Bedürftige bekannt?
4. Glaubt der Bundesrat wirklich, dass die Vergünstigungen für Bedürftige zwecklos geworden sind, und hat er das entsprechende Reglement als hinfällig erklärt? Ist der Bundesrat nicht im Gegenteil der Auffassung, dass Fahrvergünstigungen für Bedürftige auch in 100 Jahren nichts von ihrer Aktualität und sogar Dringlichkeit verloren haben? Ist er gewillt, sich für die Aufrechterhaltung dieser sozialen Hilfe einzusetzen?

Texte de l'interpellation du 30 novembre 1981

Depuis 1881, c'est-à-dire depuis un siècle déjà, les chemins de fer accordent, en vertu d'un règlement qui a été approuvé par le Conseil fédéral, des billets à demi-tarif aux personnes indigentes. Certains organismes, tels les offices pour la jeunesse ou Pro Infirmis, se sont vu attribuer le droit de délivrer des attestations pour des déplacements précis, qui ont souvent pour but des consultations médicales par exemple.

Or, par lettre du 28 septembre 1981, le Service commercial des Chemins de fer fédéraux a informé ces organismes que les tarifs spéciaux en question seraient supprimés dès le 1^{er} mars 1982, en raison des difficultés financières que connaissent les chemins de fer.

Voilà une bien curieuse façon de célébrer le centenaire de cette institution sociale; c'est pourquoi je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelles réductions à caractère social ou autre les chemins de fer accordent-ils?
2. Peut-on chiffrer les pertes occasionnées par les tarifs réduits? Dans quelle mesure sont-elles imputables aux facilités accordées aux indigents?
3. Le Conseil fédéral a-t-il connaissance d'abus qui auraient été commis en matière de tarifs réduits accordés aux personnes indigentes?
4. Le Conseil fédéral pense-t-il vraiment que ces réductions n'ont plus de sens et a-t-il prononcé la caducité du règlement y relatif? N'estime-t-il pas au contraire que même en 100 ans, loin d'avoir perdu leur raison d'être, ces

Interpellation Bäumlín Energiepolitik. Verzicht auf neue Kernkraftwerke

Interpellation Bäumlín Politique énergétique. Renonciation à de nouvelles centrales nucléaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.488
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	552-553
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 372

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.